

Ist Mobilität grenzenlos?

Philipp Löpfe

Jim Clifton ist der CEO von Gallup. Unter seiner Leitung hat das weltweit renommierte Umfrageinstitut eine Art Sorgen-Index erarbeitet, der erforscht, was die Menschen rund um den Globus am meisten beschäftigt. Das Resultat im Jahr 2011 ist eindeutig: Überall auf der Welt ist es das Wichtigste, einen guten Job zu haben.

Wer heute einen Job hat, der gehört bereits zu den Auserwählten. Die aktuellen Zahlen des globalen Arbeitsmarktes sehen nämlich wie folgt aus: Von den sieben Milliarden Einwohner auf dem Planeten Erde sind rund fünf Milliarden im erwerbsfähigen Alter. Drei Milliarden erklären bei der Gallup-Umfrage, sie wünschen sich einen «guten Job», wobei «guter Job» bedeutet: eine geregelte Wochenarbeitszeit von 30 Stunden und mehr. Doch weltweit gibt es derzeit bloss 1,2 Milliarden solche «guten Jobs». Es fehlen mit anderen Worten 1,8 Milliarden. Was das bedeutet, fasst Clifton kurz und bündig wie folgt zusammen: «Der nächste Weltkrieg wird ein totaler, globaler Krieg um Arbeitsplätze sein.»

Gerade in den alten Industriestaaten des Westens sind die Voraussetzungen für einen solchen «Krieg» günstig. In den USA erholt sich der Arbeitsmarkt nur schleppend und ist noch deutlich unter den Vorkrisen-Niveau. Die Arbeitslosigkeit liegt bei fast neun Prozent, rund 25 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner sind derzeit auf der Suche nach Arbeit. Das wird sich so rasch nicht ändern. Ein neues Konjunkturprogramm hat im aktuellen politischen Klima der Vereinigten Staaten keine Chance.

Noch schlechter sieht die Lage in Europa aus. Allgemeinen wird ein Rückfall in eine Rezession erwartet. Auch wenn diese - wie dies die meisten Ökonomen prophezeien -, milde ausfallen sollte, ist die Lage auf den Arbeitsmärkten bedrohlich. In vielen Ländern Europas sind die Arbeitslosenquoten bereits im zweistelligen Bereich. Vor allem bei den Jugendlichen ist sie Situation dramatisch. In Italien und Spanien ist jeder Dritte, in Grossbritannien bald jeder Vierte Erwerbstätige zwischen 18 und 35 ohne Job. Und wer einen Job hat, hat meist keinen «guten». Das gilt selbst für Deutschland. So hat die «Financial Times Deutschland» am 29. Dezember 2011 gemeldet: «Die Billiglöhne erreichen den Westen: In vielen Branchen werden in Deutschland Gehälter deutlich unter den vereinbarten oder von Politik und Gewerkschaften geforderten Mindestlöhne gezahlt. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes sind Minilöhne nicht mehr vor allem ein Merkmal des ostdeutschen Stellenmarktes, sondern gehören auch flächendeckend zur westdeutschen Arbeitswelt.»

Ein Unfall, der darauf wartet, zu passieren

Die Schweiz ist zwar von diesem «Krieg um Arbeitsplätze» nicht neutral, aber sie ist davon bisher weitgehend verschont geblieben. Im Vergleich zu den meisten anderen Staaten ist die Arbeitslosigkeit gering. Auch Einkommen und Wohlstand sind nicht oder höchstens in einzelnen Branchen eingebrochen. Zum Vergleich: In den USA hat die Wirtschaftskrise dazu geführt, dass der Wohlstand des Durchschnittsamerikaners und mehr als 10 Prozent geschwunden ist, und die glücklichen, die nach einer Kündigung ihres Arbeitsplatzes wieder einen Job gefunden haben, mussten Lohnneinbussen von durchschnittlich 17 Prozent verkraften.

Die Kehrseite der Medaille besteht darin, dass die Schweiz äusserst attraktiv für die Zuwanderung geworden ist. Dazu ein paar dürre Fakten: In den letzten zehn Jahren ist die Gesamtbevölkerung der Schweiz wegen der Immigration um rund 620'000 Menschen gewachsen. Das ist nicht mehr weit von den Zuständen der 1960iger Jahre entfernt. Damals betrug die Zunahme rund 870'000 Menschen. Erschwerend kommt hinzu, dass der grösste Schub dieser Zuwanderung zwischen 2008 und 2010 erfolgt ist. Derzeit ist die Immigration zwar wieder leicht rückläufig. Sie befindet sich aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Der Trend der letzten fünf Jahre zeigt: Jährlich muss die Schweiz zwischen 70'000 und 80'000 Zuwanderer absorbieren. Das entspricht der Einwohnerzahl einer Stadt wie Lugano. Auch im abgelaufenen Jahr 2011 bewegen sich die Zahlen in diesem Rahmen. Niemand hat mit dieser Entwicklung gerechnet. Noch im Jahr 2005 wurde ein Zuwachs von rund 50'000 in einem Szenario des Bundesamtes für Statistik das «Extrem-Szenario» bezeichnet, dessen Eintreffen als höchst unwahrscheinlich galt.

Es ist das zweite Mal, dass die Schweiz einen solchen Zuwanderungsschub erlebt. In den 1960iger Jahren hat dies eine starke politische Gegenreaktion ausgelöst: Die so genannte Schwarzenbach-Initiative. Sie wurde im Juni 1970 relativ knapp abgelehnt und hätte zur Folge gehabt, dass rund 300'000 Ausländer die Schweiz hätten verlassen müssen. Wenig später hat der erste Ölschock dafür gesorgt, dass der Ausländeranteil in der Schweiz etwa in dieser Grössenordnung gesunken ist. Das damals noch gültige Saisonierstatut machte dies sehr einfach: Man machte im neuen Jahr ganz einfach die Grenzen für Saisoniers dicht.

Wie Ende der 1960iger Jahre wächst der Widerstand gegen die Zuwanderung in der Bevölkerung auch heute. Das zeigen die verschiedensten Umfragen. Auch die politische Gegenreaktion ist bereits im Gang. Die SVP sammelt Unterschriften für eine Initiative gegen die Masseneinwanderung. Selbst wenn die Partei im Wahlkampf im letzten Herbst mit diesem Thema nicht ganz den erhofften Erfolg erzielt hat, ist davon auszugehen, dass diese Initiative zustande kommen wird. Das lässt sich von der Ecopop- Initiative nicht so eindeutig voraussagen. Es handelt sich dabei um eine ökologisch begründete Initiative gegen die Zuwanderung. Sei zeigt, dass der Widerstand gegen die Zuwanderung möglicherweise noch stärker geworden als in den 1960er Jahren, denn er richtet sich nicht nur gegen eine Überfremdung, sondern auch gegen eine Überbevölkerung. Vergessen wir nicht: In den 1960iger Jahren lebten rund fünf Millionen Menschen in unserem Land. Heute sind es rund acht Millionen.

Bereits macht das Gespenst einer «zehn-Millionen-Schweiz» die Runde. Für grosse Mehrheit der Bevölkerung ist dies ein Albtraum, ebenso die damit verbundene Vision eines «Stadtstaat Schweiz». Auch das zeigen mehrer Umfragen klar. Trotzdem steuern wir weiterhin ungebremst auf einen «Stadtstaat Schweiz» mit zehn Millionen Einwohnern zu. Politisch gesehen ist wie, wie das eine angelsächsische Redensart trefflich ausdrückt: Ein Unfall, der darauf wartet zu passieren. Solange wir noch Zeit dazu haben, sollten wir deshalb Massnahmen ergreifen, um diesen Unfall möglichst zu verhindern.

Deutsch und gebildet

Die Diskussion um die Zuwanderung hat sich seit Ausbruch der Wirtschaftskrise verändert. Lange standen die kulturellen Werte im Fokus. Minarette, Burkas und Kriminalität sorgten für Emotionen und Schlagzeilen. Die kulturelle Diskussion verliert an Bedeutung. Wegen des Familiennachzugs kommt zwar nach wie vor eine beträchtlich Zahl der Immigranten aus dem Balkan und der Türkei in die Schweiz. Doch insgesamt sind die Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten inzwischen in der Minderheit. Das Gros der modernen Zuwanderer kommt heute aus den alten EU-Staaten. Der «Krieg um Arbeitsplätze» rückt immer stärker in den Vordergrund. Auch bei uns werden die «guten Jobs» rarer und deshalb wird die Frage der Personenfreizügigkeit wichtiger als die Islamfrage.

Deutschland und Portugal führen derzeit die Schweizer Hitparade der Zuwanderer an. Zwischen 2008 und 2010 sind jeweils 73'000, resp. 41'000 Menschen aus der alten EU in die Schweiz gewandert, jährlich, wohlverstanden. Diese Zuwanderer sind mehrheitlich weder kriminell, noch verrichten sie Hilfsarbeiten, für die sich Schweizer längst zu schade sind. Es handelt sich um ausgebildete Facharbeiter und Akademiker.

Warum ist die Schweiz gerade für Deutsche so attraktiv geworden. Die Antwort liefert die NZZ vom 23. August 2011: «Schweizer Löhne liegen zu heutigen Kursen etwa 70 Prozent über deutschem Niveau», heisst es dort. Sicher, die Schweiz ist bekanntlich auch eine Hochpreisinsel und bei den 70 Prozent handelt es sich um einen Durchschnittswert. Diese sind bekanntlich mit Vorsicht zu geniessen. Das Lohngefälle zwischen der Schweiz und Deutschland ist hingegen real und inzwischen auch beträchtlich: Gemäss dem jüngsten Städtevergleich der UBS liegt die Binnenkraft der Löhne in Zürich rund ein Drittel über denjenigen von Frankfurt oder München. Die Deutschen lieben somit an Zürich nicht nur den See und die freie Sicht auf die Alpen.

Dieses Lohngefälle besteht noch nicht lange. In den 1990iger Jahren waren Lohnvergleichen zwischen deutschem und Schweizer Mittelstand waren ein beliebtes Sujet der Wirtschaftspresse. Dabei wurde jeweils mit grosser Schadenfreude vorgerechnet, dass dem Durchschnittsschweizer Kaufkraft bereinigt am Monatsende weniger übrig bleibt als dem Durchschnittsdeutschen. 15 Jahre Gürtel-enger-schnallen-Politik – angefangen von einer rot-grünen Regierung – haben die Verhältnisse umgepflügt. Deutschland hatte zu Beginn der 1990iger Jahre das dritt höchste Pro-Kopf-Einkommen der EU, heute ist es auf Platz neun abgerutscht. Die hohe Zuwanderung von Deutschen in die Schweiz ist eine direkte Folge dieser Sparpolitik.

Löhne, Mieten und Zersiedelung

Inzwischen schlägt sich die hohe Zuwanderung von gut ausgebildeten Zuwanderern auf die Löhne des Schweizer Mittelstandes nieder. So kommt ein Studie der Züricher Kantonalbank mit dem Titel «Immigration 2030», veröffentlicht im Oktober 2010, zu folgendem Schluss: «Die Immigration der Periode 2003 bis 2008 wirkt sich negativ auf die Löhne aus. Bei den Schweizerinnen und Schweizer lag der lohndämpfende Effekt bei durchschnittlich rund minus 1 Prozent.» Der nächste Satz lässt aufhorchen: «Mit minus 1,86 Prozent spürten die Hochqualifizierten die ausländische Konkurrenz am stärksten.»

Die Resultate der ZKB-Studie sind umstritten. Es gibt auch Studien, die zu einem anderen Ergebnis kommen und keinen oder höchstens einen geringen Lohndruck feststellen. Eindeutig ist hingegen die Faktenlage auf dem Immobilienmarkt. Dort hat sich wegen der Zuwanderung die Lage in den letzten Jahren dramatisch verändert. Reiner Eichenberger, Ökonomieprofessor an der Universität Fribourg, schätzt, dass der Wert aller Immobilien wegen der Einwanderung, aber auch wegen gezielten Steuersenkungen, neuen Verkehrswegen und anderem, jedes Jahr um rund 100 Milliarden Franken steigt. Das ist zugegebenermassen eine Schätzung am oberen Limit, doch sie zeigt: Die alte Bodenrente ist nach wie vor quicklebendig.

Landauflandab sind die Preise von Wohneigentum und Neumieten sind zu einem Dauerthema in den Medien geworden. Kein Wunder: Für den Mittelstand wird es langsam richtig teuer. Zwischen 2000 und 2010 sind die Mieten in der Schweiz durchschnittlich um 18,8 Prozent gestiegen. In Genf haben sich die Wohnungen für Neumieter zwischen 2003 und 2010 um 75 Prozent verteuert. In Zürich und Zug haben sie sich verdoppelt. Nicht besser sieht es bei den Eigentumswohnungen aus: Sie sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 49 Prozent teurer geworden. Am Genfersee haben sich die Preise mehr als verdoppelt.

Die explodierenden Immobilienpreise sind nicht Gott gewollt, sondern das Resultat freundeidgenössischer Politik: Der ausufernde Steuerwettbewerb unter den Kantonen trägt nebst der Zuwanderung massgeblich dazu bei. Das ist das Resultat einer anderen Bankenstudie. Die Crédit Suisse hat die Standortqualität des Kantons Zug auf Herz und Nieren geprüft. Sie zeigt dabei auf, dass der Mittelstand unter dem Strich von diesem Steuerwettbewerb in keiner Weise profitiert. Obwohl der Kanton Zug die tiefsten Steuern des Landes hat und deshalb am Standortsqualitäts-Ranking stets an der Spitze der Tabelle zu finden ist, schneidet er sehr schlecht ab, wenn es um das frei verfügbare Einkommen der Haushalte geht. In dieser für den normalen Bürger alles entscheidenden Wertung befindet sich Zug bloss auf Rang 18 der 26 Schweizer Kantone, hinter Kantonen wie Jura, Uri oder sogar dem Wallis. Der Grund dafür liegt auf der Hand: «Steuer- und weitere Standortvorteile werden durch überdurchschnittlich hohe Wohnkosten zu einem grossen Teil aufgehoben», heisst es in der CS-Studie. Inzwischen hat die CS auch eine Rangliste der Kantone nach verfügbarem Haushalteinkommen veröffentlicht: Auch dort liegen nicht etwa die Zuger oder Zürcher, an der Spitze, sondern – man glaubt es kaum – die Urner.

Städten wie Genf und Zürich droht Gefahr von einer weiteren Seite. Sie zählen sich heute zur Kategorie der internationalen Metropolen und vergleichen sich mit London, New York oder Paris. Der bekannte Wirtschaftsgeograf Richard Florida hat die Herausforderung dieser globalen Megastädte in der «Financial Times» wie folgt beschrieben: «Einerseits sind die Metropolen Magneten für die Superreichen geworden, die nach Steuerschlupflöcher und Shopping-Gelegenheiten Ausschau halten. Andererseits ziehen sie ungelernete Immigranten an, die hungrig nach einem besseren Leben sind. Dazwischen wird die lokale Bevölkerung im raschen wirtschaftlichen Wandel im Stich gelassen.»

Richard Florida macht diese Entwicklung verantwortlich für die Unruhen in London im vergangenen Sommer. Gleichzeitig warnt er davor, dass anderen Metropolen das gleiche Schicksal droht: «Es besteht die reale Gefahr, dass solche Unruhen in der globalen Ära nicht eine Ausnahme, sondern die Regel werden. Anstatt leuchtende Vorbilder zu sein sind unsere urbanen Zentren zutiefst geteilt.» Auch hier gilt: Die Schweizer Verhältnisse sind weit weniger dramatisch, aber der Trend geht in die gleiche Richtung, vor allem in Genf und Zürich. Der Streit um die «Seefeldisierung» - die Vertreibung des Mittelstandes aus zahlbaren Wohnungen in der Stadt – ist noch längst nicht entschieden und nimmt zu. Auch hier lässt die politische Gegenreaktion nicht auf sich warten. In Zürich haben die Stimmbürger soeben einer Initiative zugestimmt, die mehr sozialen Wohnungsbau verlangt, und dies, obwohl Zürich auf diesem Gebiet mit einem Anteil an Genossenschaftswohnungen von 25 Prozent für schweizerischen Verhältnisse bereits sehr gut dasteht.

Die Zuwanderung hat nicht nur die Diskussion um Löhne und Mieten neu entfacht, sondern auch das Problem der Zersiedelung der Landschaft wieder aufs Tapet gebracht. Wer heute mit dem Zug von St. Gallen nach Genf fährt, der rollt de facto durch eine einzige Vorstadt. Raumplaner sprechen von einem «Siedlungsbrei» und der ETH-Professor Christian Schmid warnt: «Wenn die Zersiedelung weiterhin so umgebremst voranschreitet wie seit Jahren, werden wir auch noch die letzten intakten Landschaften verlieren.» Leider deutet nichts daraufhin, dass diese Entwicklung gebremst wird. So meldet das Bundesamt für Umwelt auf seiner Homepage: «Jede Sekunde wird ein zusätzlicher Quadratmeter Boden als Siedlungsfläche beansprucht. Das sind sechs Autoabstellplätze pro Minute, acht Einfamilienhausparzellen pro Stunde, ein Bauernbetrieb mit rund zehn Hektaren pro Tag und drei Mal der Hallwylsee pro Jahr.»

Ebenso dramatisch ist die Entwicklung beim Verkehr. Überfüllte S-Bahnen und Staus auf den Autobahnen ärgern die Menschen. Doch es geht auch um sehr viel Geld. Das geht aus einer Studie des Uvek hervor, die im Frühling 2010 veröffentlicht wurde. Darin findet sich auch eine Prognose über die Entwicklung der Kosten des Verkehrs. Die Zahlen sind Schwindel erregend: Allein um das Strassennetz à jour zu halten, sind rund 180 Milliarden Franken nötig, für das Schienennetz braucht es rund 80 Milliarden Franken. Das bedeutet: Die Schweiz muss künftig rund 13 Milliarden Franken pro Jahr aufwenden, wenn sie ihre selbst auferlegte Aufgabe, «europäischen Verkehrs-drehscheibe» zu sein, auch in Zukunft erfüllen will. Das Uvek rechnet bei seiner Prognose mit einer Verdoppelung des Verkehrsaufkommens und geht dabei von konservativen Annahmen aus: Von einem Bevölkerungswachstum zwischen 0,4 und 0,8 Prozent jährlich. Das ist deutlich tiefer als der Durchschnitt in den letzten Jahren und ein Bruchteil des Zuwachses vom Rekordjahr 2008. Dort betrug das Bevölkerungswachstum gar 1,4 Prozent.

Zuwanderung im «Krieg um Arbeitsplätze?»

Lohndruck, explodierende Immobilienpreise, Zersiedelung und Verdoppelung des Verkehrsaufkommens mit den entsprechenden Kosten: Die Zuwanderung fordert vom Schweizer Mittelstand grosse Opfer. Natürlich wäre es unredlich, ja fahrlässig, die Zuwanderung allein für all die negativen Entwicklungen verantwortlich zu machen. Mit unserm Wohlstands-Lebensstil mit immer höherem Energie- und Wohnraumverbrauch tragen wir auch selbst zu diesen negativen Entwicklungen bei. Das ändert nichts daran, dass der Lebensraum der Schweiz endlich ist und das wir uns auf einem nicht nachhaltigen Pfad befinden. Wir sind heute im übertragenen Sinne in der Situation eines Mannes in den besten Jahren, der nicht nur raucht und gerne ein Glas trinkt, sondern der auch massiv Übergewicht angefuttert hat. Jeder vernünftige Arzt wird ihm raten: Sie müssen ihr Leben verändern.

Dass die Zuwanderung auch positive Seiten hat, muss an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Es wäre Eulen nach Athen getragen. Natürlich profitieren die Unternehmen und auch das Gewerbe von den zugewanderten Leistungsträgern, ebenso die Sozialwerke. Doch es gibt da zwei gewichtige Einwände. Erstens: Die Sozialwerke von der Zuwanderung abhängig machen heisst auch, ein letztlich destruktives Schneeballsystem zu erreichen. Auch Zuwanderer werden alt und krank und werden dereinst AHV, IV oder Sozialleistungen beanspruchen. Zweitens: Für den Schweizer Mittelstand geht die Rechnung zunehmend nicht mehr auf. Vor allem die Ausgaben für Wohnen übersteigen allfällige Gewinne wie tiefere Steuern bei weitem. Das gilt nicht nur für Städte wie Zug und Zürich oder Gemeinden wie Wollerau und Rüslikon. Wer sich heute beispielsweise in Andermatt umhört, erfährt auch, dass Einheimische bald nach Göschenen umziehen müssen, weil sie sich in Andermatt keine Wohnung mehr leisten können.

Dazu kommt, dass wir eine nach wie vor Rekord hohe Zuwanderung auf dem Hintergrund eines «Krieges um Arbeitsplätze» haben, und dass gerade in unserem unmittelbaren Umfeld, in Europa, dieser «Krieg» zunehmend an Intensität gewinnt. Dies wird auch der Fall sein, wenn der GAU, der Zerfall von Euroland, vermieden wird. Die Schweiz wird weiter an Attraktivität für Zuwanderer gewinnen. Gleichzeitig hat sie immer weniger Optionen und politischen Willen, diese auch sinnvoll zu bewältigen. Kein Wunder, spricht inzwischen auch die SP davon, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln.